76. Jahrgang. Nr. 428 — Sonnabend, 10. September 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprech-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20 011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreise bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7maligem wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. allg. Anzeigenaufschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 25 Pfg., außerhalb 35 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Dietsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Hindenburg will die Parteiführer empfangen

Hinzuziehung des Kanzlers – Ein letzter Versuch

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 9. Sept. Das Büro des Reichspräsidenten gibt bekannt, daß Reichspräsident v. Hindenburg am kommenden Dienstag 12 Uhr mittags Vertreter der Fraktionen der Nationalsozialisten, des Zentrums und der Bayrischen Volkspartei gemeinsam und in Gegenwart des Reichskanzlers v. Papen zu empfangen wünscht. Der Reichspräsident habe dabei den Wunsch, sich von den Parteien, die, wie sie betont haben, eine echte Mehrheit im Reichstag bilden wollen, über ihre Auffassungen zur Lage unterrichten zu lassen.

In der Wilhelmstraße weist man in diesem Zusammenhang auf zwei Gesichtspunkte hin. Einmal darauf, daß der Empfang am Dienstag, also nach der Programmrede des Reichskanzlers, stattfindet, und zum anderen darauf, daß der Empfang gemeinsam stattfindet und daß dem Reichspräsidenten dabei der Kanzler seines Vertrauens, Herr v. Papen, zur Seite stehen wird. Daraus sei zu schließen, daß der Reichspräsident diesen Schritt in erster Linie deshalb unternehme, damit die Parteien, falls es wirklich zur Reichstagsauflösung kommen sollte, im Wahlkampf nicht das Argument verwenden könnten, der Reichspräsident habe sie nicht einmal angehört, obwohl sie in der Lage gewesen wären, eine arbeitsfähige Mehrheit im Reichstag zu bilden.

Die Hinzuziehung des Reichskanzlers bedeute aber, daß dieser nach wie vor das Vertrauen des Reichspräsidenten im vollen Umfange besitze.

Infolgedessen, so meint man in unterrichteten Kreisen, bedeute der für Dienstag angekündigte Empfang unter keinen Umständen etwa den Wunsch des Reichspräsidenten, zu den Methoden des Parlamentarismus zurückzukehren. Der Reichspräsident wolle lediglich alle Mittel ausschöpfen und sich davon überzeugen, daß eine wirklich echte Mehrheitsbildung bei den schreienden Differenzen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum, die offensichtlich nur aus taktischen Gründen notdürftig überbrückt seien, nicht denkbar wäre.

Begreiflicherweise wird die Tatsache, daß der Reichspräsident die Fraktionsführer zu sich bestellt hat, bei den Partnern der Koalitionsverhandlungen mit Genugtuung begrüßt.

Man sieht darin ein Zurückweichen des Reichspräsidenten vor dem sich wieder gruppierenden Parlamentarismus. Diese Auffassung dürfte insbesondere in einer gemeinsamen politischen Besprechung zum Ausdruck gekommen sein, zu der sich heute im Reichstag offiziell Nationalsozialisten, Zentrum und Bayrische Volkspartei zusammenfanden. An dieser Besprechung nahmen von nationalsozialistischer Seite die Abgeordneten Dr. Frick und Dr. Goebbels, vom Zentrum die Abgeordneten Esser, Perlitius, Joos, Dessauer, Stegerwald und Bell, von der Bayrischen Volkspartei Abg. Rauch teil.

Vertreter der Grünen Front beim Kanzler

Berlin, 9. Sept. (Eig. Drahtmeld.) Reichskanzler v. Papen hatte am Freitag eine mehrstündige Aussprach mit Vertretern der Grünen Front, darunter Dr. Brandes, Dr. Hermes und Dr. Fehr. Die Besprechung dürfte sich in erster Linie um die Kontingentierungsfrage gedreht haben. Wie wir hören, wird der Reichskanzler in seiner programmatischen Rede vor dem Reichstag am Montag in aller Ausführlichkeit auch auf dieses Problem eingehen und, soweit wir unterrichtet sind, für die Landwirtschaft höchst befriedigende Erklärungen abgeben.

Der Standpunkt der Parteien

„Rückfall in den Parlamentarismus"

Berlin, 9. September. Der Pressechef der Deutschnationalen Volkspartei veröffentlicht in der parteioffiziösen Korrespondenz einen Artikel, in dem er darauf hinweist, daß die Deutschnationalen im Jahre 1927, die damals an die Macht wollten, das nur, obgleich sie grundsätzliche Gegner des parlamentarischen Systems waren, auf dem parlamentarischen Wege einer Koalition mit anderen Parteien tun konnten. Dabei seien gewiß schwere Fehler begangen worden. Jetzt, im Jahre 1932, sei die Lage aber grundsätzlich anders. Der Parlamentarismus sei überwunden, die Schlüsselstellung des Zentrums beseitigt. Eine Partei oder Bewegung, die Gegnerin des parlamentarischen Systems ist, brauche, um an die Macht zu kommen, nicht mehr den Weg über das Parlament. Das, was Hindenburg und Papen den Nationalsozialisten boten, sei weit mehr gewesen, als die Scheinmacht, die 1927 die Deutschnationalen erhielten. Es sei tatsächlich die Macht selbst gewesen. Wenn heute die Nationalsozialisten in den Parlamentarismus zurückfielen, wenn sie, obgleich sie mehr als doppelt so stark seien wie 1927 die Deutschnationalen, sich in die Gefolgschaft des Zentrums begeben und dieser Partei, deren oberstes Ziel Ausschaltung nationaler Politik sei, wieder zur Macht verhelfen, dann sei das Verrat an ihren Zielen. Für die Regierung Papen gebe es nur einen Feind, der fähig wäre, sie zu besiegen: die eigene Unentschlossenheit, den begonnenen Weg gegen alle Widerstände durchzusetzen. Sonst drohe ihr keine wirkliche Gefahr.

Die Auffassung der NSDAP.

Berlin, 9. Sept. Die Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz schreibt unter anderem: Der Besuch des Reichstagspräsidiums beim Reichspräsidenten habe die Auffassung der NSDAP. über die innerpolitische Lage nicht nur bestätigt, sondern noch unterstrichen. Die traurige Rolle, die der deutschnationale Vizepräsident Graef gespielt habe, sei vom Reichstagspräsidenten selbst und seinen übrigen Stellvertretern hinreichend gekennzeichnet worden als die Anmaßung einer bedeutungslosen Splittergruppe, deren einziger, höchst zweifelhafter Vorzug es sei, allein hinter der vom gesamten Volke abgelehnten Regierung von Papen zu stehen. Welche Entscheidung auch der Reichspräsident treffen werde: Die NSDAP. habe in den letzten Tagen keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie jederzeit entschlossen sei, mit dem Volke und für das Volk zu kämpfen. Niemand solle sich einer Täuschung darüber hingeben, wie dieser Kampf ausgehe.

Die „Germania" warnt

Berlin, 9. Sept. In der „Germania" wird zur innerpolitischen Lage u. a. geschrieben: Wenn die politische Entwicklung in der Bahn fortschreiten sollte, wie sie durch die Haltung der Reichsregierung gekennzeichnet sei, dann werde es kaum zu verhindern sein, daß sie mit einer Auflösung des Reichstages und mit einem neuen Wahlkampf enden werde. Es hänge alles an einem überaus dünnen Faden, der im Augenblick vielleicht mehr zum Reißen als zum Halten bestimmt zu sein scheine. „Wir haben vor den Gefahren", so schreibt die „Germania", „die eine Entladung des großen Konfliktes dem deutschen Volke politisch und wirtschaftlich zu bringen verspricht, unausgesetzt gewarnt und können diese Warnungen auch in dieser Stunde nur mit vermehrtem Nachdruck wiederholen. Der Einsatz ist zu groß, als daß nicht auch von seiten der Reichsregierung alles getan werden müßte, um eine Entscheidung im Sinne der politischen und wirtschaftspolitischen Vernunft herbeizuführen."

Krieg zwischen Bolivien und Paraguay

Asuncion (Paraguay), 9. Sept. Die bolivianischen Truppen haben nach schwerer Beschießung die im Chacogebiet liegenden Städte Rozo und Valencia angegriffen. Die paraguayanischen Truppen leisteten äußersten Widerstand. Die Regierung von Paraguay teilt mit, daß sie sich mit Bolivien als im Kriegszustand befindlich betrachte, obwohl der Krieg noch nicht erklärt sei.

Ein letzter Vermittelungsversuch

Santiago de Chile, 9. Sept. Eine Konferenz von Vertretern Argentiniens, Brasiliens, Chiles und Perus hat vorgeschlagen, zur Beilegung des bolivianisch-paraguayanischen Konfliktes Bolivien einen Zugang zum Stillen Ozean längs der chilenischen Nordgrenze zu gewähren. Um Chile dafür zu entschädigen, sollen die Vereinigten Staaten eine Anleihe geben, die von Bolivien und Paraguay garantiert werden soll.

Zahlungsaufschubverhandlungen in Washington

Washington, 9. Sept. Botschaftsrat Leitner nahm heute mit Schatzsekretär Mills Verhandlungen über den Aufschub der deutschen Zahlungen für die amerikanischen Besatzungskosten und auf die Mixed Claims auf, die am 30. September fällig werden.

Rückzahlung des letzten Sterlingsstützungskredits. Das Londoner Schatzamt hat in Paris die Anleihe von 2½ Milliarden Franken zurückgezahlt, die es am 10. September 1931 aufgenommen hatte.

Der Endkampf um die Saar beginnt

Am morgigen Sonntag beginnt in Koblenz die 12. Tagung des Bundes der Saarvereine. Wer dann mittags um 12,30 Uhr den Rundfunk einschaltet, wird an der großen Kundgebung am Deutschen Eck teilnehmen, die über alle deutschen Sender übertragen wird. Von ihr soll ein Mahnruf ausgehen an das deutsche Volk, einheitlich und geschlossen auf der Forderung nach unversehrter Rückgabe des zu Unrecht vom Reiche getrennten Saargebietes zu beharren. Gleichzeitig soll die Kundgebung ein Appell an die Welt werden, ein Ende zu machen mit dem Unrecht an der Saar. Was sich am Sonntag am Deutschen Eck abspielt und fortgesetzt wird in einer Arbeitstagung am Montag, ist nicht ein Aufmarsch irgendwelcher Vereine, der uns innerlich nicht zu berühren brauchte. Es handelt sich nicht lediglich darum, der Heimatliebe Ausdruck zu geben, und schon gar nicht um eine äußerliche Feier, die keinen bleibenden, in die Zukunft weisenden Wert hätte. Im Gegenteil, es geht um deutsches Land, um deutsches Schicksal. Als vor zwei Jahren im Anschluß an die Freigabe des besetzten Gebietes Verhandlungen über die Rückgabe des Saarlandes eingeleitet wurden, blieb ihnen der Erfolg versagt. So mußte man sich darauf einrichten, daß die Entscheidung erst im Jahre 1935 fällt, denn dann hat nach dem Versailler Vertrag die Bevölkerung des Saargebietes nach fünfzehnjähriger Fremdherrschaft darüber abzustimmen, ob sie zum Reiche heimkehren will oder zu Frankreich gehören. Die Zeit der erzwungenen Trennung nähert sich also mit raschen Schritten ihrem Ende. Der Durchführung einer freien Volksabstimmung vorzuarbeiten, ist die Aufgabe auch der Saarvereine. Deshalb sind wir, wenn am Sonntag die Tausende am Deutschen Eck aufmarschieren, im Geiste bei ihnen und fühlen uns eins mit ihnen in brüderlicher Verbundenheit.

Es ist nicht vergessen, wie es überhaupt zur Abtrennung des Saargebietes kam. Im Siegesrausche von 1918 strebte Frankreich nach dem vollen Besitz der Rheinlinie durch Annexion. Es beanspruchte das Saarland als einen Teil des alten Herzogtums Lothringen, jenes frühmittelalterlichen Gebildes, das, was verschwiegen wurde, ein deutsches Reichsherzogtum war. Es zerfiel im 12./13. Jahrhundert. Mit dem späteren Herzogtum Lothringen, das 1766 an Frankreich kam, hatte das Saargebiet, die frühere Grafschaft Nassau-Saarbrücken, nie etwas zu tun. Wilson gegenüber behauptete Clemenceau, es gäbe im Saargebiet 150 000 Franzosen, und legte dem Präsidenten der Vereinigten Staaten als Beweis 150 000 Unterschriften vor, die eigens zu diesem Zweck gefälscht waren. Doch der Hauptgrund der französischen Wünsche war wirtschaftlicher Natur. Frankreich hatte vor dem Kriege einen Kohleeinfuhrbedarf von 23 Millionen Tonnen, der durch die Erwerbung Elsaß-Lothringens noch um acht Millionen gesteigert wurde. Deshalb wünschte es die Saargruben in die Hand zu bekommen. Der Annexion widersetzte sich Wilson. Man fand dann die Kompromißlösung, die das Saargebiet auf fünfzehn Jahre aus Preußen und Bayern herausschnitt und 1900 Quadratkilometer deutschen Bodens mit 770 000 Einwohnern dem Völkerbund unterstellte. Dabei wurden Frankreich als „Reparation" für die Zerstörung der nordfranzösischen Gruben sowohl die preußischen und bayrischen Staatsgruben des Saargebietes als auch die Privatgruben übereignet. Doch Frankreich ließ seine Hoffnung auf vollen Besitz des Landes nicht fahren. Im Gegenteil sagte es sich, fünfzehn Jahre seien eine lange Zeit, und vielleicht würden sie genügen, die Bevölkerung zu Franzosen zu pressen. Paris ließ in dieser Hinsicht nichts unversucht. Der Völkerbund als „Treuhänder" war ein willfähriges Werkzeug. Die von ihm eingesetzte Regierungskommission, der immer ein Franzose angehören muß und deren Mitglieder der Völkerbundsrat ernennt, war vom ersten Tage an und ist auch heute noch von französischem Einfluß beherrscht. Diese landfremde Regierung gibt dem Saargebiet seine Gesetze, und zwar als Diktate. Es gibt zwar einen Landesrat, eine gewählte Vertretung der Bevölkerung. Aber zu sagen hat sie nichts; ihre Zuständigkeit ist auf eine rein beratende Tätigkeit beschränkt, und wenn man ihre Machtlosigkeit kennzeichnen will, braucht man nur ein Beispiel aus neuester Zeit erwähnen: In den letzten Wochen erließ die Regierungskommission ein gepfeffertes Bündel neuer Steuern unter völliger Mißachtung der ausführlich dargelegten Bedenken der gesamten saarländischen Wirtschaft. Der Landesrat hat eine durchaus verhandlungsfähige Zweidrittelmehrheit; man kann nicht behaupten, daß mit ihm nicht zu arbeiten sei. Aber noch während er die Vorlagen beriet, wurde der endgültige Text der Gesetze schon in Druck gegeben.

Es ist bekannt, daß die Saar dem französischen Zollgebiet einverleibt ist, daß sie handelspolitisch ganz unmittelbar von Paris aus beherrscht wird, daß man der französischen Währung den Weg ins Saargebiet bahnte, daß 50 000 Grubenarbeiter mit ihren Familien persönlich abhängig sind vom französischen Arbeitgeber. Es wurde alles getan, um Saarland und Saarvolk vom Reiche rechtlich und tatsächlich vollkommen zu trennen. Auch die